

im Volke aber immerhin den Halt verliert, so daß schließlich nur eine Ethik übrigbleiben wird, wie sie auch die heidnischen Japaner glänzend betätigen; ob eine solche Naturreligion vor Gott gilt oder nicht, wird sich allerdings bei den einzelnen wohl erst in der Ewigkeit zeigen.

Wir können dem Verfasser jener Schrift über die katholischen Katechismen natürlich in seinen Wortklaubereien und Sophistereien nicht überall hin folgen, das würde zu weit führen. Erklären wollen wir nur noch, daß die katholische Kirche in ihren Katechismen von einer „evangelischen Kirche“ nicht sprechen kann, nicht nur weil sie die objektive christliche Wahrheit besitzt, während die Protestanten, welche eben angeblich die „evangelische Kirche“ bilden, nur subjektive Wahrheiten haben (die natürlich subjektiv verschieden sind), sondern auch weil es eine „evangelische Kirche“ als ähnlich einheitliches Gebilde wie die katholische gar nicht gibt, weder geistig noch tatsächlich. Sprach doch unlängst der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß selbst „von dem Eintritt einer Elenitkirche in die andere“.

Hierbei noch ein Beispiel von der unglaublich heuchlerischen Sophistik jener Schrift des „evangelischen Bundes“: In einigen deutschen katholischen Katechismen steht, daß denselben, welche ohne ihre Schuld außerhalb der Kirche stehen, Gott die Gnade gebetet wird, wenigstens innerlich (also durch die gute Meinung) der Kirche anzugehören und dadurch die Seligkeit zu erlangen. Im österreichischen Katechismus steht, daß es nicht genügt, äußerlich der Kirche anzugehören, sondern man müsse auch innerlich mit ihr durch Glauben, Gehorham und Liebe verbunden sein. Daraus schließt der Verfasser, daß nach katholischer Lehre der Irrgläubige in Deutschland innerlich der Kirche angehören sonne, in Österreich aber nicht, dort sei es nur möglich, wenn er auch äußerlich dazu gehöre. Und weil die Kinder aufgefordert werden, für die Irr- und Ungläubigen zu beten, so werden, meint jener, „die Herzen der katholischen Jugend gegen die nichtkatholischen Religionsgesellschaften aufgebeyt“. Derartige Sophistereien sind in der ganzen Schrift eingestreut, besonders auch in den Bemerkungen über die gemischten Ehen; weil da im Debarcheinischen Katechismus steht, „daß der katholische Ehepartner sich angelehen sein lassen soll, den nichtkatholischen Teil zur wahren Kirche auf dem Wege der Überzeugung zu führen“, so meint jener Verfasser, jener Weg sei das Prügeln, oder die Art der Liebsteinkirchen Dragoner. Deshalb hätte der Kölner Katechismus diese Vorwurf lieber so gefaßt: „Der katholische Teil soll sich bemühen, den nichtkatholischen durch Wort und Wandel von der Wahrheit und Heiligkeit des katholischen Glaubens zu überzeugen.“

Der Schluß gibt jener Schrift das rechte Gepräge; er lautet: „Das ist die mit unfehlbarer Annahme geübte Toleranz der Baptiskirche. Weil sie keine dogmatische Toleranz kennt, deshalb muß sie überall in der Praxis, wo sie die Möglichkeit dazu hat, intolerant sein. Der Feuerbrand der Kriegsstadt schleudert sie herzlos in die gemischten Eben. Weil der Glaube, wie ihn die heilige Schrift lebt, bei ihr nicht zu finden ist, deshalb ist bei ihr auch nicht die wahre christliche Liebe zu finden.“

Durch solche aufreizende Schriften und Reden wollen die Führer jenes Bundes, den sie „evangelisch“ nennen, in höchst unchristlicher Weise „die deutsch-protestantischen Interessen“ wahren! Ist dieser Bund nicht eine nationale Gefahr? Wurk seine Wirksamkeit nicht baldigst in christliche Bahnen gelenkt werden, und sind nicht alle Bestrebungen, welche auf die Erhaltung und Förderung positiven Christentums gerichtet sind, seitens der Behörden zu begünstigen, statt zu erschweren, ehe es zu spät ist, um unser deutsches Vaterland überhaupt christlich zu erhalten? Videant consules!

A. R.

Politische Mundschau.

Dresden, den 24. Juni 1905.

— Zur Reichsfinanzreform verlautet nach der „Nölln. Blg.“, daß der Bundesrat in den nächsten Wochen wohl kaum mehr in die Lage kommen wird, sich mit den vom Reichskanzler-Präsidenten v. Stengel ausgearbeiteten Finanzplänen zu beschäftigen; zunächst soll vielmehr in Berlin eine Zusammenkunft der Finanzminister der Einzelstaaten in Aussicht genommen sein.

Der Lotterievertrag zwischen Preußen und Hessen ist der zweiten hessischen Kammer zugegangen. Die hessische

erlassen und darzustellen versteht. Und gerade diese Eigenschaft ist es, die ihre Romane so anziehend macht.

So groß aber auch der Genuss ist, welchen man beim Lesen der meisten Romane der Gräfin Hahn empfindet, wird er doch beeinträchtigt von zwei Umständen: einmal in formeller Hinsicht durch den gebäumten Gebrauch von fremdländischen, besonders französischen Ausdrücken, welche allerdings den von den aristokratischen Kreisen kennzeichnen sollen, in denen sich die Romane abspielen, und sodann in technischer Beziehung durch das zu üppige Ueberwuchern von Gesprächen und Reden über Dinge, welche zur Handlung in gar keinem organischen Bezug stehen und die Entwicklung buntenthalten. Freilich muß anderseits wieder geltend gemacht werden, daß die Schwäche der Verfasserin dem literarisch Gelegentlich verschafft, ihr ausgedehntes Wissen, ihren Gedankenreichtum, ihre leuchtende Denkraft und bewegende logische Schärfe kennen und bewundern zu lernen. Und von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, dient jener technische Mangel der Dichterin sogar zu ihrer Verherrlichung: wir stehen bewundernd vor dieser Frauengestalt, die mit dem erbauen Flug ihrer Seele hoch über der gewöhnlichen Menschheit schwört und mit ihrem Blick, der seine Schärfe aus überirdischen Regionen zu holen scheint, nicht bloß das Gegenwärtige erfährt, sondern selbst — denn der Dichter ist ein Seher — den Schleier der Zukunft durchdringt!

Die Gräfin Hahn ist recht eigentlich die Schöpferin des katholischen, besonders des sozialen Romanes geworden. Schaut man ihren merkwürdigen Lebensgang richtig ein, so kann man nicht umhin, in ihr gewissermaßen ein provvidentielles Werkzeug zu sehen, dazu bestimmt, den Menschen des 19. und 20. Jahrhunderts Wahrheiten in einer Form zu verkündigen, in welcher sie am leichtesten Zugang in die Herzen gewinnen. War die Dichterin vor ihrer Ve-

Lotterie soll im Frühjahr 1906 aufhören und als Entschädigung dafür von Preußen für die ersten 5 Jahre der Vertragsdauer eine Rente von 1.630.000 M., in den späteren Jahren den entsprechenden Überschuhanteil vom Betrag der Lotterie bezahlt werden. Der Vertrag wird auf die Dauer von 10 Jahren abgeschlossen.

— Das von dem Geheimen Oberbergrat Hilger erlassene Verbot, auf den amtlichen Gebäuden der Bergwerksdirektion Saarbrücken die katholischen Zeitungen Trier zu lesen, ist von Hilgers Nachfolger aufgehoben worden.

— Der Fürst von Schaumburg-Lippe und die Sozialdemokratie. Auf dem Schaumburg-Lippischen Kriegerverbandsfest in Büderich hieß der Fürst von Schaumburg-Lippe eine Ansprache, in der er auf die Bestrebungen der Umsturzpartei hinwies, „die darauf hinausgehen, die Grundlagen eines jeden geordneten Staats- und Gemeinwesens zu untergraben. Diese Partei kann nicht kräftig genug bekämpft werden. Es sei euer Stolz, daß ihr als alte Soldaten in erster Linie dazu berufen und verpflichtet seid. Laßt ihr äußeres Gift nicht in eure Vereine dringen, haltet euren Ehrenschild frei von häßlichen Flecken, gedenkt eures Eldes, Gut und Blut zum Wohle des Vaterlandes einzusehen: Treu bis in den Tod für Kaiser und Reich, Fürst und Vaterland! bleibe euer Wahlspruch.“

— Die „Frank. Blg.“ bringt eine anscheinend offizielle Notiz, daß die Note Nowiers für eine Verständigung noch keine genügende Grundlage biete. Die Vorrechte, die Frankreich auch nach dieser Note in Marokko beansprucht, könnten nicht alle von Deutschland anerkannt werden, wie man auch von der Haltung des Sultans annehmen müsse, daß er sie nicht alle anerkenne.

— Veränderungen in den höheren Marine-Kommandos. Vizeadmiral v. Arnim ist zum Admiral befördert worden, Konteradmiral Breusing zum Chef des ostasiatischen Kreuzergeschwaders und an seiner Stelle Konteradmiral v. Holzen-dorff zum zweiten Admiral des zweiten Geschwaders ernannt worden.

— In das preußische Herrenhaus wurde der Fideikommissherr Ulrich v. Nalckstein zu Woas (Kreis Pr.-Eylau) an Stelle des am 14. Januar 1905 verstorbenen Kammerherrn Grafen zu Eulenburg-Gallingen berufen.

— Minister von Budde erklärte dem Redakteur der „Tägl. Rundsch.“ auf Fragen, er denkt nicht daran, die bestehenden Sonntagssababarten bei Durchführung der Personentarifreform zu befehligen. Alle für bestimmte Wohlfahrtszwecke bestehenden Vergünstigungen, wie Arbeiterwochenkarten, Sonntagssababarten, Berienförderzüge usw. blieben in dem gleichen Umfang wie bisher und in derselben Art auch bei der erwähnten Reform bestehen. — Der Minister habe sich bei den Verhandlungen bezüglich der Tarifgemeinschaft der deutschen Eisenbahnverwaltungen ausdrücklich die Beibehaltung dieser Wohlfahrtszwecken dienenden Ausnahmen vorbehalten.

— Die Bergarbeiterkunstnovelle dürfte auch im Plenum des Herrenhauses eine große Mehrheit finden, aber dieses soll hierfür eine Gegenleistung erhalten. Wie die „R. Pol. Korr.“ versichert, liegt es in der Absicht der verbündeten Regierungen, schon in der nächsten Tagung des Reichstages eine Ergänzung der Krankenfassungsgezegung zwecks Verhütung sozialdemokratischen Missbrauchs derjenigen herbeizuführen. Voraussetzung sei dabei allerdings, daß die preußische Bergarbeiterkunst noch in dieser Tagung zur Verabschiedung gelangt. Wir glauben an diese Wiedergabe deshalb nicht, weil sie in dieser Form ganz undenkbar ist. Wie können die „verbündeten Regierungen“ eine solche Zusage machen, wo es sich nur um ein preußisches Geheime handelt? Deshalb erscheint uns die gesamte Meldung aus den Fingern gezogen.

— Die Taufen des Pastors Mauris in Bremen. In einer Versammlung von Eltern, deren Kinder in der Zeit vom Mai 1900 bis Februar 1905 von Pastor Mauris getauft worden sind, ist, wie wir berichteten, eine Einigung an den Senat beschlossen worden zum Zwecke der Aufhebung der Verfügung, worin die Ungültigkeit der vom Pastor Mauris gespendeten Taufen verlangt wird. Der Senat hat nun geantwortet, daß die von Pastor Mauris ohne Anwendung der sogenannten trinitarischen Formel vollzogenen Taufhandlungen nach den auch für Bremen geltenden kirchenrechtlichen Grundsätzen keine Taufen seien. Diese zu-

fehrung einer bewunderte und gefeierte Modestoffstellerin, so wurde sie nachher zu einer furchtlosen, unermüdlichen und geistvollen Kämpferin im Streite, zu einer beredten Verteidigerin der katholischen Kirche, ihrer Wahrheiten und Rechte. Der verderbliche Zeitgeist, wider den die große Dichterin und geniale Frau beharrlich kämpfte, hat sich verert auf das 20. Jahrhundert. Die Gesellschaft frankt auch heute noch an denselben Schäden und Gebrechen, wie sie in den Romanen der Gräfin Hahn vor zwanzig und mehr Jahren gezeichnet wurden. Zug um Zug ähnelt die Gegenwart mit ihren ernsten, inhaltsvollen Fragen der Vergangenheit. Indem also die Gräfin Hahn ihre Werke aus den Bedürfnissen ihrer Zeit heraus schuf, hat sie ein geistiges Arsenal für die Zukunft aufgebaut, dessen sich auch die lebenden Geschlechter mit Vorteil im Kampf für die ewigen Prinzipien der Wahrheit bedienen können. In diesem Sinne werden die Schöpfungen der Gräfin Hahn niemals altern, sondern stets auch dann noch von Wert bleiben, wenn das Rad der Zeit längst über manchen literarischen Modegöcken der Gegenwart hinweggerollt ist und ihn für immer in den Staub gedrückt hat.

Ein sehr glücklicher und zeitgemäßer Gedanke war es, die nach der Konversion der Gräfin Hahn entstandenen Werke: Romane, apologetische und historische Schriften in einer hübschen und billigen Gesamtausgabe dem katholischen Publikum zugänglich zu machen, zumal viele von den Romanen längst vergessen waren. Eine solche Ausgabe, bestehend aus 45 Bänden (je M. 2.— geb.), in zwei Serien, hat die Firma J. Habbel in Regensburg veranstaltet. Die erste Serie (Br. geb. 45 M.) umfaßt in 30 Bänden die Romane und Gedichte; die zweite, 15 Bände (Br. M. 22.50) die übrigen Werke. Jeder katholischen Bibliothek wird diese Ausgabe zur Hintertheite gereichen, enthält sie doch das beste der geistvollen Gräfin.

gültigen Handlungen zu machen, liege dem Rechte noch nicht in der Macht des Senats, noch irgend einer öffentlichen Behörde.

— Gegen Divisionsparrer Bachstein ist von Seiten des Divisionskommandos das Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Gegen denselben schwelt bekanntlich ein Verfahren wegen grober Beleidigung der katholischen Kirche, der er früher angehört hatte. In erster Instanz ist Bachstein freigesprochen worden, indem das Militärgericht wohl zugab, daß er objektiv die katholische Kirche beleidigt habe, aber nicht annahm, daß er die Absicht hatte, das zu tun; die Revision überhandlung ist auf den 26. Juni angesetzt worden.

— Der die ganze Norddeutsche Brauereigemeinschaft umfassende Bund der mittleren und kleinen Brauereien, eingetragener Verein, hält vom 26. bis zum 29. Juni auf Einladung des Niedersächsischen Brauer- und Mälzervereins seine diesjährige Tagung in Börde ab. Die Verhandlungen werden sich neben rein geschäftlichen Angelegenheiten mit den wichtigsten nächsten Aufgaben der Vereine der mittleren und kleinen Brauereien, so insbesondere mit der Frage der Staffelung der Biersteuer beschäftigen. Technische Fragen wird der Direktor der Untersuchungsanstalt und Brauer- und Mälzer-Schule in Grimma, Herr Dr. Dreherhoff in einem Vortrage: „Über die Eigenschaften und Verfälschung einiger Brauhilfsmaterialien“ behandeln.

— Die Burschenschaften der Hochschule Halle haben sich von dem Sommerfahrtzug zu Ehren Bismarcks ausgeschlossen, weil die Gedächtnisrede heuer der katholischen Studentenverbindung Silesia zufiel. Jedoch hat das dem Feste keinen Eintrag getan. Jedenfalls sollte man meinen, daß gerade die Burschenschaften die Beteiligung einer katholischen Korporation an einer studentischen Bismarckverehrung begrüßen würden. Sie wollen ja vorzugsweise national sein. Da müßten sie es doch freudig empfinden, wenn ihre katholischen Kommilitonen bei solchem Anlaß nicht ver sagen; sie müßten es ihnen in jeder Weise erleichtern. Aber nein, ihre Unmusiksamkeit gegenüber den katholischen Studentenkorporationen läßt diese Erwägung bei ihnen nicht zur Geltung kommen, wenn sie dieselbe überhaupt ange stellt haben. — Manche Katholiken werden fragen: Was hat die katholische Studentenverbindung Silesia bei dem Sonnenwendfahrtzug zu Ehren Bismarcks zu tun? Da hätten sie nicht mitmachen sollen. Wir sind nicht dieser Ansicht. Die katholischen Studentenkorporationen sollen sich nicht eng herzig abschließen, sie sollen bei allen gemeinsamen Angelegenheiten der Studentenschaft dabei sein, wenn es ohne Verleugnung eines Prinzips geschehen kann. Gewiß ist Fürst Bismarck seinerzeit der katholischen Kirche und den deutschen Katholiken sehr feindselig entgegentreten, aber er hat auch, als er erkannte, auf falschem Wege zu sein, resolut Kehrt gemacht. Die Feindseligkeit machen ihm die Meinen von den Seinen nach, aber zu der Erkenntnis, daß ihr gehässiger Kampf gegen den Katholizismus das Gemeinwohl gefährdet, werden sie sich wohl so bald nicht ausschwingen.

— Die Oberwalde in christlichen Vereinen organisierten Arbeiter überreichten am 18. d. M. dem Kronprinzenpaare in Hubertusstock einen Blumenkorb. Das Töchterchen des Herrn Weigel (Evangelischer Arbeiterverein) überreichte der Kronprinzessin einen Irisstrauß und das Töchterchen des Herrn Werkmeisters Borsch (Katholischer Arbeiterverein) dem Kronprinzen einen Strauß weißer Nelken. Herr Borsch hielt eine kurze Ansprache, in der er die treue Gesinnung der katholischen Arbeiter ausdrückte. Mit wiederholtem Handdruck dankten beide Hoheiten Herrn Borsch. Der Kronprinz wandte sich nun an die anderen Herren, fragte sie nach Art, Dauer und Lohn der Arbeit. Die Arbeiterdeputationen waren mittags Gäste beim Kronprinzen.

— Eine echte Tartarennotiz gibt der „Vorwärts“ wieder durch die Meldung: „Kurz nachdem der Reichskanzler Fürst Bülow die überraschende Schwenfung Deutschlands in seiner Marokkopolitik in die Wege geleitet hatte, hat er an den Kriegsminister und den Generalstabchef die Frage gerichtet, ob Deutschland für den Fall eines Krieges bereit sei. Er habe zwar die feste Absicht, den Krieg zu vermeiden, aber bei Aßfären wie die, um welche es sich hier handelt, gäbe es Momente, in denen der Staatskarran sich einfach der Leitung der Staatsräte entziehe und seinen Weg laufe. Deshalb stellte er in dem Augenblick, wo er noch nicht so engagiert war, die Frage, ob Deutschland, wenn es durchaus notwendig sein würde, das Glück seiner Waffen ver suchen dürfe.“ Ganz à la Bischöfswerder! Natürlich denkt Fürst Bülow nicht daran, mit Frankreich in eine kriegerische Verwickelung zu kommen. Aber der „Vorwärts“ weiß auch schon, daß Fürst Bülow es auf die französischen Kolonien abgewiesen hat, ja, daß der Reichstag deshalb so rasch geschlossen wurde, damit der Reichskanzler ungenierter auf den Krieg hinarbeiten könne. Für alle diese schweren Anklagen hat das sozialdemokratische Blatt nicht die Spur eines Beweises; es stellt nur seine Behauptungen auf und marschiert dann kräftig gegen den Reichskanzler los. Der „Vorwärts“ darf sich darauf gefaßt machen, daß er bei der nächsten Rede des Fürsten Bülow wieder tüchtig getunkt werden wird.

— Die Audition des Ministerpräsidenten Baron Fejer-vary beim Kaiser im Bruder Hofslager währt 1½ Stunden. Nach derselben wurde der Ministerpräsident der Hofstafel beigegeben. Der „Vester Blad“ teilte am 23. d. M. folgendes mit: „Im gestrigen Ministerrat wurde unter andern beschlossen, die von der österreichischen Regierung eingelangte Note bezüglich Aufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit mehreren fremden Staaten dahin zu beantworten, daß die gegenwärtige ungarische Regierung derzeit außer Stande sei, in solche Verhandlungen einzutreten. Die Regierung hält nämlich an dem Standpunkt fest, daß sie nur solche Handlungen unternehmen darf, die durch die Ausführung dreier Gesetze geboten werden, daß sie jedoch darüber hinausgehenden Verpflichtungen für das Land eingehen darf und daher Vertragsverhandlungen ablehnen muß, die den ungarischen Staat für die Zukunft in irgend einer Weise binden würden.“

— Im österreichischen Abgeordnetenhaus sprach bei Beratung des Budgetprovisoriums unter anderen Schönerr (Alldeutsche Vereinigung). Er protestiert namens der Alldeutschen gegen die vom Minister angekündigte Einführung der inneren tschechischen Amtssprache, wodurch dieser sich